

Linke Opposition bleibt notwendig!

Wahlaufruf zur Kommunalwahl am 27. März 2011

Liebe Bürgerinnen und Bürger
von Mörfelden-Walldorf

In unserer Stadt kandidiert bei der
Kommunalwahl erneut die DKP/
Linke Liste.

Auf dem Wahlvorschlag stehen
Kandidatinnen und Kandidaten,
die im Stadtparlament und aus-
serparlamentarisch für eine Poli-
tik im Interesse der „kleinen Leu-
te“ eintreten.

Mit dem „blickpunkt“ schafft die
DKP Öffentlichkeit.

Sie ist unbequem, klärt auf, macht
erfolgreich „Druck von links“.

Die DKP/Linke Liste setzt sich ge-
meinsam mit den Betroffenen für
eine solidarische Stadt ein

- für Arbeit und soziale Gerech-
tigkeit, die allen Menschen die
Teilhabe am gesellschaftlichen
Leben ermöglicht
- für eine bürgernahe Verwal-
tung, die keinen mit seinen Pro-
blemen allein lässt
- für ein Nachtflugverbot von 22-
6 Uhr und gegen Flughafener-
weiterung

Die DKP/Linke Liste ist gegen
eine „Schuldenbremse“ in der
Hessischen Verfassung, weil da-
mit Sozialabbau befördert wird.
Sie will mehr Geld für die Städte
und Gemeinden.

Auf allen Ebenen der Politik
muss deutlich gesagt werden:
„Runter mit der Rüstung, Schluß
mit den Kriegs-
abenteuern“ und
„Wer den Reichen
nichts nimmt,
kann den Armen
nichts geben!“

Die DKP/Linke Lis-
te tritt für grundle-
gende Verände-
rungen in unserer
Gesellschaft im In-
teresse der Arbei-
ter, Angestellten
und ihrer Familien,
der Arbeitslosen,
Rentner und Kran-
ken ein.

Sie will, dass in un-
serer Stadt mehr
für bezahlbaren
Wohnraum, gegen
„explodierende“
Energiepreise und
für die Sicherung
der ärztlichen Ver-
sorgung getan
wird.

Deshalb sagen wir:

**Linke Opposition
bleibt notwendig!**

**Auch Wahlen können
etwas ändern.**

**Gehen Sie wählen -
wählen Sie links!**



Die DKP/Linke Liste will ihre Arbeit im Stadtparlament fortsetzen. Auf der Liste stehen 23 Kandidatinnen und Kandidaten:

Gerd Schulmeyer, Leo Spahn, Helga Fritz, Yusuf Hazir, Alfred J. Arndt, Hagen Helbig, Ines Fellner, Thomas Wilker, Jörg Cezanne, Mark Steinbrück, Sebastiano Rapisarda, Dietmar Treber, Werner Gernandt, Angela Kolbe, Peter Knodt, Petra Ueber, Rudolf Dötsch, Erich Schaffner, Ludwig Hechler, Thorsten Müller, Heinz Hechler, Friedl Küspert, Rudi Hechler.

Das Jobwunder

Das Statistische Bundesamt hat 40,5 Millionen Erwerbstätige in 2010 gemeldet. Ein Anstieg von 0,5 Prozent. Schauen wir uns die Zahlen etwas konkreter an. In der Krise erhöhte sich nicht nur die Zahl der Erwerbslosen, sondern gleichzeitig sank die Leiharbeiterzahl auf 609 000. Der „Aufschwung“ ließ sie wieder auf 923 000 ansteigen.



Die Zahl der seit Anfang 2009 verlorengegangenen Industriebjobs beläuft sich auf 366 000. Nur ein Teil davon wurde in Form von Zeitarbeit wieder aufgebaut. Das eigentliche „Jobwunder“ hat im Dienstleistungssektor in den Bereichen Teilzeit-, Mini und Billigjobs stattgefunden. Hinzu kommen Trainingmaßnahmen und Überbrückungen, kurz gesagt die outgesourcte Arbeitslosigkeit.

Die Bundesagentur für Arbeit meldet 5,519 Millionen Arbeitslosengeldempfänger (SGB II und III). 1.464 Millionen Menschen sind in sogenannten „arbeitsmarktpolitischen Instrumen-

ten“ beschäftigt und gelten daher nicht als arbeitslos. Das sind also die 3.016 Millionen registrierte Arbeitslose. Ein wirklich eindrucksvolles Beispiel für die Leistungsfähigkeit moderner Statistik.

In der Realität sieht dies beispielsweise so aus:

Eine alleinerziehende Mutter hat Anspruch auf Unterstützung nach Hartz IV, weil der Lohn für ihre Teilzeitbeschäftigung im Niedriglohnbereich zum Leben nicht reicht. Um aber weiter Unterstützung zu erhalten, muss sie in regelmäßigen Abständen belegen, dass sie sich um eine besser bezahlte Vollzeitstelle bemüht. Der Arbeitsmarkt im Jobwunderland Deutschland stellt ihr aber keinen zur Verfügung.

Beschäftigte, für die Minijobs die alleinige Einnahmequelle sind (dies trifft insbesondere auf Frauen zu), sind nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert. Und durch die geringe Betragszahlung bei der Kranken- und Rentenversicherung nicht eigenständig abgesichert. Eine dauerhaft existenzielle Abhängigkeit von Transferleistungen und Altersarmut sind die Folgen.

Änderungen beginnen von unten. Setzen Sie bei den Kommunalwahlen dafür ein Zeichen!

Helga Fritz, Kandidatin der DKP/LL

Aufschwung rettet Kommunen nicht

Trotz wirtschaftlichem Aufschwung für die Konzerne sind die Haushaltslöcher der Kommunen so groß wie nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Wie der Deutsche Städtetag aktuell mitteilte, mussten die Kämmerer 2010 ein Rekorddefizit von 9,8 Milliarden Euro hinnehmen und erwarten auch für das laufende Jahr ein Minus von 9,6 Milliarden Euro. „Die gute Konjunktur hat im vergangenen Jahr ein noch höheres Defizit verhindert, aber sie rettet uns leider nicht!“ Viele Kommunen lebten auf Pump. Die Sozialausgaben stiegen 2010 um knapp zwei auf über 42,2 Milliarden Euro. Der Verband rechnet für 2011 mit einem Anstieg auf über 43 Milliarden Euro.

Afghanistan - Bundestag weiter für Kriegseinsatz

Bei der aktuellen Abstimmung über die Verlängerung des Afghanistan-einsatzes haben im Bundestag erneut 419 Abgeordnete (CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne) mit Ja gestimmt. Die 116 Nein-Stimmen kamen vorwiegend von der Linkspartei.

„Enorme Fortschritte“ will der US-amerikanische General David Petraeus in den vergangenen Monaten am Hindukusch ausgemacht haben. Was mag der Befehlshaber der internationalen Truppen damit meinen? Die Tatsache, dass im Jahr 2010 über 2400 Zivilisten getötet wurden, gleich 20 Prozent mehr als im Vorjahr und damit so vielen wie noch nie seit Beginn des Krieges? Hinzu kommen 3270 verwundete Zivilisten.

Fernsicht aus der Nähe betrachtet

Die Stadtverordneten nahmen Kenntnis und beschlossen damit die Planung für eine Aussichtsplattform auf dem Müllberg, der jetzt Oberwaldberg heißt. Das Projekt ist eingebettet in den Regionalplan, die Wander- und Radlerroute südlich des Mains. Nach meiner Meinung sind die Ausbaubestimmungen überdimensioniert und zu teuer. Mindestens 370.000 € soll die Angelegenheit kosten. Davon trägt Mörfelden-Walldorf 100.000. Die Riedwerke, denen die Nachsorge des Müllbergs obliegt, steuerten weitere 100.000 bei und bringen Eigenleistungen ein. Die Regionalpark GmbH, die am Tropf der Fraport hängt, hat 50.000 € zugesagt. Über die Restfinanzierung steht ein Fragezeichen. Muss die Stadt noch weiteres Geld zuschießen?

Spinnerte Ideen in finanziell äußerst schwierigen Zeiten sollte man ablehnen. Während Bürger - auch in unserer Stadt - nicht wissen, wie sie über die Runden kommen mit Arbeitslosengeld, Niedriglöhnen und Hartz-IV-Leistungen werden dort tausende Euros in fragwürdige „Landschaftsplanungen“ gesteckt.

Rudolf Dötsch



„Soldat ist kein normaler Beruf“

Über die Bundeswehr in Schulen diskutierte Christine Buchholz, Bundestagsabgeordnete der Fraktion die Linke im Bürgerhaus.

Gerd Schulmeyer: „Soldat ist kein normaler Beruf. Die Werbung für's Militär bei Dreizehnjährigen in der Schule gehört sich nicht!“

Ist hier was faul?

Ein Anzeigenblatt (OZ Aktuell), das bei uns in die Briefkästen gesteckt wird, wird von der Stadtverwaltung mit Großanzeigen „versorgt“. Hier konnte man lesen: OZ präsentiert jede Woche Klimaschutz-Tips der Stadt Mörfelden-Walldorf.

Der Chefredakteur ist der SPD nicht unfreundlich gestimmt, seine Frau (die Herausgeberin) kandidiert auf der SPD-Kommunalwahlliste. Natürlich erscheinen hier dann auch seit Monaten SPD-Großanzeigen. In diesem, durch städtische Anzeigen mitfinanzierten Blatt, schreibt der Chefredakteur dann mitten im Wahlkampf Artikel in denen praktisch aufgefordert wird: nur keine Linken wählen.

Es bleiben Fragen: Seit wann werden Anzeigen in dieser „Werbezeitung“ geschaltet und wie hoch sind die dafür bisher angefallenen Kosten? Werden die Anzeigenaufträge an diese Zeitung „zentral“ vergeben, oder liegt die Entscheidung bei einzelnen Ämtern oder Personen? Wer im Einzelnen ist für diese Auftragsvergaben verantwortlich?

Nach Klärung dieser Fragen kann man erkennen, ob mit Geld der Stadt für Großanzeigen an diese örtliche „Werbezeitung“ Wahlkampf gemacht wird. Antworten stehen aus.

Kreistagswahl 2011

**Druck
von links
bleibt
wichtig!**

**DIE LINKE.
Offene Liste**



Yusuf Hazır

Ben Yusuf Hazır,
doğum tarihi 09-12-61,

Türkiyede anadolunun bir köyünde doğdum. 1978 de, Almanya'ya geldim. Çatı firmasında işe başladım. 1990 da Alman vatandaşlığına geçtim. 32 senedir almanyadayım, ömrümün çoğu Almanyada geçti. Ben bir Türküm ama Almanyalıyım, bu vatan benimde natanım ve ben bütün Almanyanın sorunlarına sahip çıkıyorum. Bizde bir söz var nerde çalışıyor ekmeğini kazanıyorsan ora senin vatanındır. Proleteryanın vatani emeğini verdiği yerdir. Dünya üretenlerindir. Almanyanın kurtulması için acil kapitalis sisteme karşı Alman ve göçmenlerle beraber, gec kalmadan Marksizim sosyalis devrim lazım, çünkü Bütün degerleri proleterya üretiyor, üreteler ve tüketeler çoğunlukta, bu degerler ne yazıkki üretelere yani proleterya'ya geri dönmüyor. Küçük azınlık sermayedarların cebine gidiyor. Şimdiki Kapitalist devlet yönetimi buna sadece aracılık yapıyor. Küçük azınlıkta olan sermayedarlar kendi çıkarları doğrultusunda harcayıp eritiyorlar. Proleterya üretip metayı paraya dönüştürdüyse bu yok olmaz sermayedarlar Kendi çıkarları doğrultuda Devletden proleterya'dan kaçınıp kırız oluşturdular Bu kapitalis devlet sadece sermayedarlar için vardır. Üretim ve tüketim sermayedarlar için yapılıyor, üretimde, tüketimide Devleti yanına alarak onlar belirliyor. Bu tamamen yanlışdır. Üretimde, tüketimde, toplumun sosyal yaşamını sürdürmesi için yapılır çünkü üretim ve tüketim toplumsaldır. Bir maddenin değerini sermayedarlar belirliyor. Aslında bir maddenin değerini toplumsal emek süresi belirler. Bu kapitalist devlet sistemi üretelere topluma ters bir sistem. Eyer bizim dediğimiz gibi olsaydı, bu modern çağda proleteryanın yerine robotlar çalışacakdı yada günde 2 saat çalışmak yeterdi. Bu sebepten dolayı bu kapitalist sisteme karşı marksizim sosyalist anayasayı Acil gerçekleştirmemiz lazım buda sadece DKP ve LL Partileriyle mümkün. Üreten biz tüketen biz biz çoğunlukdayız haklıyız kazanacağız. Halkımız bunun bilincinde deyil kendi çıkarınız için mutlaka oyunuzu DKP ve LL partilerine verin.

Ich bin geboren 09.12.1961, in einem Dorf in Anatolien.

1978 bin ich nach Deutschland eingewandert und habe bei einem Dachdeckerunternehmen angefangen zu arbeiten. 1990 bin ich deutscher Staatsbürger geworden. Ich bin seit 33 Jahren in Deutschland, die meiste Zeit meines Lebens habe ich in Deutschland verbracht. Ich bin ein Deutsch-Türke: dieses Land ist zu meiner Hei-

mat geworden. Im Türkischen gibt es ein Sprichwort: "Da wo du Dein Gehalt zum Überleben verdienst, dort bist du zu Hause". Die Heimat der Arbeiter ist dort, wo sie arbeiten, um leben zu können. Das Kapital, das in Deutschland produziert wird, gelangt aber nicht in die Hände derjenigen, die dafür hart arbeiten. Eine kleine Minderheit kommt in den Genuss des Reichtums, den die arbeitenden Menschen mit harter körperlicher Arbeit produzieren. Der kapitalistische Staat hat die Aufgabe, diese Ungleichheiten zu sichern. Das Kapital, die Großbanken sind verantwortlich für die ökonomische Krise, da sie das erarbeitete Kapital nur für ihre Zwecke entfremdet. Der jetzige Staat hat offenbar die Funktion, diese Ungerechtigkeiten gegenüber den arbeitenden Menschen aufrecht zu erhalten. Den Wert einer Ressource bestimmen die Kapitalisten, obwohl das eigentlich der gesamten Gesellschaft zustehen sollte. Dieser Staat stellt sich gegen die hart arbeitenden Menschen. Unser Volk sollte seine Stimme der DKP/LL geben, um Veränderungen herbeizuführen.



Sebastiano Rapisarda

Perché ho accettato di candidarmi nella lista del DKP/LL di Mörfelden-Walldorf? Perché, secondo me, è l'unico partito rimasto a preoccuparsi dei problemi della gente più bisognosa, degli stranieri, dell'ecologia, delle piste ciclabili... Inoltre è l'unico partito che rimane in contatto con tutti i cittadini tramite il giornale mensile "blickpunkt" mese dopo mese, non solo durante la campagna elettorale. Questo giornale è finanziato con i soldi dei consiglieri comunali del DKP eletti nel comune. Secondo me è importante che il DKP/LL mandi la propria rappresentanza in consiglio comunale, che finora è stata la vera forza di opposizione.

Warum habe ich es auf mich genommen, auf der Liste der DKP/LL von Mörfelden zu kandidieren? Weil sie, meiner Meinung nach, die einzige Partei ist, die dabei bleibt, sich mit den Problemen der sehr bedürftigen Menschen zu befassen, mit den Ausländern, mit der Ökologie, mit den Radfahrwegen..... Außerdem ist sie die einzige Partei, die durch den monatlichen "blickpunkt" in Kontakt mit allen Bürgern bleibt, Monat für Monat, nicht nur während des Wahlkampfes. Diese Zeitung wird finanziert durch die Sitzungsgelder der gewählten Abgeordneten der DKP/LL in der Gemeindevertretung. Meiner Meinung nach ist es wichtig, daß die DKP/LL ihre eigene Vertretung in die Stadtverordnetenversammlung schicken sollte, weil sie bis jetzt die einzige wahre Kraft der Opposition war.

Keine Zeit für die ärztliche Versorgung?

Auf Antrag der DKP/LL-Fraktion hatte die Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2010 beschlossen, dass der Magistrat beauftragt wird, unverzüglich die Gesundheitskommission einzuberufen und die Sicherstellung der ärztlichen Betreuung und Versorgung der gesetzlich krankenversicherten Bevölkerung zu beraten.

Bis heute gibt es dafür keinen Termin. Dem Bürgermeister und Spitzenkandidaten der SPD scheint die Sache nicht zu pressieren.

Wir fragen den Magistrat: Wann wird die Gesundheitskommission einberufen?

Gesundheit nur für Reiche?
Für ein solidarisches
Gesundheitswesen

Ärztliche Versorgung in Mörfelden-Walldorf sichern!

DISKUSSIONSABEND

10. März 2011, 20 Uhr
Bürgerhaus Mörfelden,
Gesellschaftssaal

Mit Marjana Schott,
Landtagsabgeordnete,
gesundheitspolitische Sprecherin
Fraktion Die LINKE.

Es laden ein:
DIE LINKE. Mörfelden-Walldorf
DKP Mörfelden-Walldorf
DKP/Linke Liste
Mörfelden-Walldorf

DKP/Linke Liste besuchte Speisekammer

Die Mitarbeiter der Speisekammer freuten sich über die liebevoll gestaltete Spende der DKP/Linke Liste.

„Manche Parteien geben viel Geld in die Werbung“, sagte Leo Spahn, „wir wollten lieber etwas Gutes damit machen.“



Ines Fellner
bei der Übergabe

„Pro Ausgabetag sind es 70 bis 90 Empfänger“, erklärte Ute Behring,

die mit Anke Creachcadec die Niederlassung des Vereins leitet. Über den mitgebrachten Eimer mit Obst freuten sich die beiden natürlich. Geldscheine waren liebevoll um einen alten Wasserhahn drapiert. 100 Euro waren es, die dazu beitragen sollen, dass die Regale gefüllt bleiben.

„Die Bananen sind viel schöner, als die, welche wir sonst haben“, freute sich Ute Behring. Die Speisekammer in Mörfelden-Walldorf gibt es seit Mai 2006. 29 ehrenamtliche Helfer engagieren sich regelmäßig, übernehmen Fahrdienste, sortieren, helfen in der Küche oder bei der Ausgabe von Lebensmitteln und Kleidung. Insgesamt nutzten 438 Menschen aus 189 Haushalten im vergangenen Jahr die Speisekammer. Darunter waren alleine 180 Kinder. Die Menschen, 2010 waren es durchschnittlich 84, sie erhalten jeweils am Dienstagvormittag kostenlose Lebensmittel und seit Januar 2007 auch gebrauchte Kleidung. Während der Wartezeit gibt es kostenlose Getränke und einen kleinen Imbiss. Die Hauptaufgabe des Sozialpsychiatrischen Vereins im Kreis Groß-Gerau, zu dem die Speisekammer Mörfelden gehört, ist jedoch die Beratung und Betreuung psychisch erkrankter und seelisch behinderter Menschen.



Gedenkfeier für Rainer Haag

Für unseren in Matanzas/Kuba verstorbenen Genossen Rainer Haag gab es im Bürgerhaus eine außerordentlich gut besuchte Gedenkfeier. Die Trauerrede hielt Rudi Hechler, weitere Worte des Gedenkens kamen von Günter Göpfert und Hans Löffler.

Bewegendes Erinnern gab es, als Freunde die Songs der „Bricklayer Skiffle-Group“ spielten, in der Rainer früher mitwirkte. Neben dem Podium stand der Original-Bass und Rainers Waschbrett.

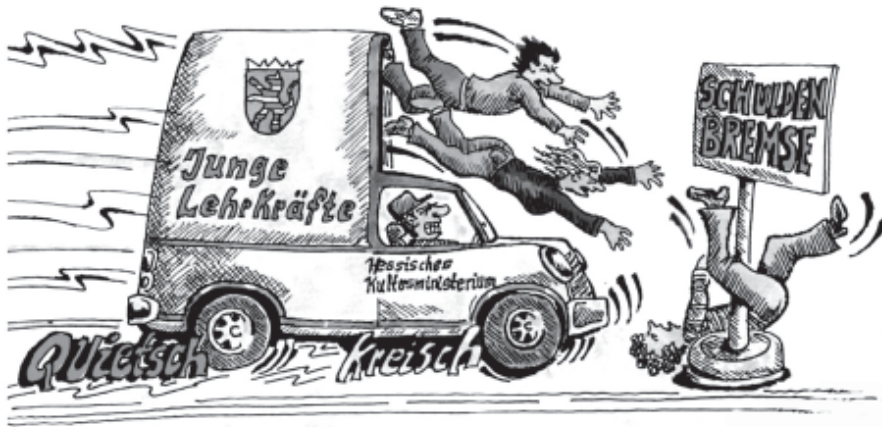
Hervorgehoben wurde die praktische Art von Rainer Haag: er packte persönlich an, war Entwicklungshelfer und half als Maurer bei den Projekten der DKP. Er arbeitete mit beim Bau der „Familienarztpraxis „Tamera Bunke“ und der Kinderklinik „Rosa Luxemburg“. Wichtige internationale Solidaritätsaktionen der DKP.

In Mörfelden-Walldorf war er Ende der 1990er Jahre Stadtverordneter der DKP.

Wir trauern um einen guten Menschen, für den solidarische Hilfe und Völkerfreundschaft nicht nur Worte waren.

DKP Mörfelden-Walldorf

Protestgründe nehmen zu In diesem Jahr kommt es zu neuen finanziellen Belastungen für die Mehrheit der Bevölkerung. Der Beitragssatz für die gesetzlichen Krankenkassen steigt. Die Energiekonzerne kündigen Strompreiserhöhungen an. Hartz-IV-Empfängern wird das Elterngeld gestrichen. Es wird eine Verteuerung der Textilien geben. Der Bäckerverband will höhere Brot- und Brötchenpreise. Man rechnet bei den Mieten mit einem Anstieg von 2,5 Prozent für dieses Jahr. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund erwartet ein Minus von 11 Milliarden Euro. Das wird Auswirkungen haben, durch Schließungen von Jugendclubs, Frauenhäusern, Schwimmbädern, Bibliotheken und den weiteren Verfall der kommunalen Infrastruktur.



Das heißt: Die Schuldenbremse ist kein Sparprogramm, sondern ein Kürzungsinstrument der Regierung nach dem Motto Sparen auf Teufel komm raus!

Wir wollen keine „Schuldenbremse“, die unsere kommunalen und sozialen Leistungen wegnimmt, Beschäftigung abbaut und das verbleibende Geld von „unten nach oben“ verteilt, um es dann in irrwitzige Prestigeobjekte á la Stuttgart 21 zu pumpen.

Wir benötigen eine Sicherung des Gemeinwesens der Gegenwart und der Zukunft mit einer sozialgerechten Politik, die wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig ist. Wir wollen einen Staat der seiner globalen Verantwortung gerecht wird.

Deshalb am 27.03.2011 bei der Volksabstimmung:

Nein zur Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung!



Schuldenbremse stoppen

Am 27. März 2011 soll per Volksabstimmung die Aufnahme der „Schuldenbremse“ in die Verfassung des Landes Hessen erfolgen.

Was ist die Schuldenbremse?

Die Länder sollen ab 2020 „keine Kredite“ mehr aufnehmen dürfen. Um dies sicherzustellen, müssen sie ab sofort drastisch sparen, d.h. vor allem Leistungen kürzen.

Dafür wurden im Grundgesetz in den Artikeln 109 und 115 detaillierte restriktive Vorgaben formuliert.

Nun sollen die hessischen Bürger darüber abstimmen, ob sie dieses folgenschwere Kreditaufnahmeverbot möchten.

Gerade die Kreditaufnahme öffentlicher Haushalte sichert gesellschaftlich sinnvolle Investitionen und verhindert u.a. auch die Privatisierung öffentlicher, sozialer Aufgaben. Ohne dieses Finanzierungsinstrument wird der Sozialstaat handlungsunfähig.

Was bringt uns die Schuldenbremse?

Die Schuldenbremse wird die öffentlichen Haushalte knebeln und die Infrastruktur weiter ruinieren.

In Folge dieser Schuldenbremse werden öffentliche Leistungen weiter drastisch abgebaut – und das politisch von uns allen legitimiert. Das bedeutet konkret: Schwimm- und Hallenbäder, sowie Bibliotheken werden geschlossen, Erholungsgebiete verkümmern, der soziale Wohnungsbau wird unbezahlbar, kommunale Sicherungs- und Beschäftigungsvorhaben werden gestrichen, Privatisierung kommunaler Angebote, usw.

Ein Ziel der Schuldenbremse soll sein – ‚nachfolgende Generationen zu entlasten‘ – aber gerade die jungen Menschen und gesellschaftlich Benachteiligte Menschen werden mit diesem Vorhaben in Ihrer existenziellen und persönlichen Entwicklung ausgebremst und alleine gelassen.

Wer eine solche Regel in seine Verfassung schreibt, lässt den Staat verarmen und verspielt die Möglichkeit, Zukunft aktiv zu gestalten. Denn mit einer Schuldenbremse verliert die Finanzpolitik selbst in normalen konjunkturellen Zeiten Handlungsspielräume für eine sozial gerechte Politik. Die Politik begibt sich freiwillig und sehenden Auges in einen Teufelskreis aus immer rigiderer Sparpolitik und zunehmender Wachstumsschwäche.

SPD und Grüne machen den Betrug mit

In die hessische Verfassung soll ein Schuldenverbot aufgenommen werden. Darauf haben sich alle Fraktionen im Landtag bis auf auf die Linke geeinigt.

Am Tag der Kommunalwahl wird also auch über eine Schuldenbremse in der hessischen Landesverfassung abgestimmt. Auch SPD und Grüne machen bei dem CDU/FDP-Vorhaben mit. Erst war man nachdenklich, dann ist man in Wiesbaden wie so oft in der Geschichte „umgefallen“. Auch die örtliche SPD/Grüne-Parteigliederungen machen mit - ob sie sich heimlich schämen, ist uns nicht bekannt geworden.

Jeder sollte sich informieren ehe er abstimmt

Vielen Menschen ist überhaupt nicht bewusst was eine Schuldenbremse ist und welche Auswirkungen sie hat.

Die Gewerkschaft ver.di und der DGB zeigen die Auswirkungen einer Schuldenbremse auf.

Der DGB hat dazu einen Kurzspot erstellt.

Informieren Sie sich unter: www.dkp-mw.de



Seit vielen Monaten gibt es in der Doppelstadt die Aktion „Eiguudewie!“ Auf andere zugehen, nicht wegschauen, für Respekt und Zivilcourage wird geworben. Das hat jetzt Ines Fellner getan.

Als sie mit dem Fahrrad durch Mörfelden unterwegs war entdeckte sie an einem Spielplatz am Steinweg Aufkleber von Neonazis.

Sofort verständigte sie einen Bekannten, der schnell mit entsprechendem Werkzeug anrückte und zehn Minuten später waren die Hetzparolen entfernt (unser Foto).

„Solche Plakate haben in unserer Stadt keinen Platz“, erklärte Ines Fellner ihr engagiertes Handeln, entsprechend dem Motto der Kampagne unsere Doppelstadt: Nicht wegschauen und Gesicht zeigen!



Großstadt Mörfelden

Auf eine tückische Gefahrenquelle machten uns Anwohner der Darmstädter Straße aufmerksam. Auf Höhe der Hausnummer 22 verengt sich die Straße, auf beiden Seiten gibt es zwischen Fahrbahn und Häuserfront nur ein „Dreckfloß“. Fahrzeuge, darunter Lkw und Linienbusse, rauschen in weniger als einem Meter Abstand an den Haustüren und Toren vorbei. „Ich habe Angst um meine Kinder“ sagte uns eine besorgte Mutter, „sie öffnen die Haustür und stehen direkt vor einem heranfahrenden Bus“. Wir konnten uns davon überzeugen, daß sie nicht übertreibt – beim Fototermin mussten wir uns in eine Einfahrt drücken, als der Flughafenbus kam. Unverständlich ist, daß er diese Straße überhaupt nimmt – am Ortseingang wird der aus Richtung Darmstadt kommende Schwerverkehr über die Dieselstraße geleitet. Warum sich ein Gelenkbus, der auch nicht kleiner und schmaler als ein Lastzug ist, durch die enge Straße quetscht, anstatt ebenfalls über die Dieselstraße zu fahren, ist nicht einzusehen. Ein wenig entschärfen könnte man die Gefahrenstelle, wenn man die dort stehende rot-weiß gestreifte Warnbake mit dem Hinweis „Fußgänger benutzen Fahrbahn“ nicht bündig mit der Häuserwand, sondern etwa einen Meter in die Fahrbahn hinein versetzt auf einer kleinen Insel aufstellen würde. Dadurch müsste der Verkehr ein bisschen mehr Abstand zu den Hausfassaden nehmen, und die Lage wäre nicht ganz so kritisch. „Wir sind aus Frankfurt in eine ruhige Kleinstadt gezogen – dachten wir. Aber der Verkehr an dieser Stelle ist ja schlimmer als in der Großstadt!“ sagte uns eine Anwohnerin. Kein Kompliment für Mörfelden-Walldorf.



Heute für morgen Zeichen setzen

Der Internationale Frauentag hat eine lange Tradition. Er geht auf die Arbeiterinnenbewegung von Mitte des 19. bis zum 20. Jahrhundert zurück. In Europa beschloss im August 1910 die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz auf Initiative von Clara Zetkin die Einführung eines jährlichen Internationalen Frauentages. Dieser

fand dann am 19. März 1911 u.a. in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz statt.

In den zurückliegenden Jahren gab es viele wichtige Meilensteine auf dem Weg zur Gleichberechtigung: Frauenwahlrecht, Gleichstellungsartikel im Grundgesetz, Gleichberechtigungsgesetz und im öffentlichen Dienst gelten Gleichstellungsgesetze. Doch nach wie vor ist eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen im Erwerbsleben, an politischen Entscheidungsprozessen und Chancengleichheit nicht erreicht. In Deutschland verdienen Frauen im Durchschnitt noch immer bis zu 23 Prozent weniger als Männer. Bei den Angestellten liegt der Unterschied im Bruttostundenverdienst zwischen

Männern und Frauen sogar bei 30 %. Viele Frauen bemühen sich täglich um eine Balance zwischen Familie und Beruf und fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen erschweren ihnen diese Balance sehr. Fast jede dritte erwerbstätige Frau arbeitet im Niedriglohnsektor. Oder anders gesagt: Zwei Drittel der 7 Millionen „Niedriglöhner“ in Deutschland sind Frauen. Hinzu kommen unfreiwillige Teilzeit, Befristungen und Minijobs. Frauen erhalten im Alter dadurch geringe Renten, sind oft nicht eigenständig kranken- und rentenversichert. Bei Arbeitslosigkeit erhalten sie Bezüge, die nicht mehr zum Leben reichen. Geschenkt wird Frauen und Männern im Berufsleben nichts. Die Geschichte zeigt: Alles muss erkämpft werden!

Gegen den weiteren Ausbau des Flughafens



Zwei Fotos von den Auseinandersetzungen um die Startbahn/West - ein übler Polizeischläger in Zivil und ein Bürger aus Mörfelden mit großer Kopfwunde. Damals hatten die Polizisten meist nur Gummiknüppel...

Für 1,6 Millionen Euro wurden Totschläger angeschafft

Stahl statt Gummi. Eigentlich dachte man, solche Instrumente gibt es nur im Rotlichtmilieu.

Innenminister Boris Rhein (CDU) sagte „Der neue Schlagstock ist besser einsetzbar und wirkungsvoller“. Die neue Polizeiwaffe besteht aus Stahlrohr, lässt sich schnell auf mehr als 50 Zentimeter Länge ausfahren. Mehr als 13.000 Teleskop-Schlagstöcke wurden jetzt verteilt. Die Beschaffungskosten gibt das Ministerium mit rund 1,6 Millionen Euro an.

Wer die Auseinandersetzungen an der Startbahn/West (Bilder) oder den Polizeieinsatz in Stuttgart vor Augen hat, kann über diese Aufrüstung nur den Kopf schütteln.

„Die Polizisten müssten im Umgang damit sehr gut geschult werden“, hieß es in der Landeshauptstadt.

Es wird nicht gehen. Bei aufgeheizten großen Auseinandersetzungen wird es zu Katastrophen kommen. Schwere Knochenbrüche und Schädelfrak-

turen sind voraussehbar. Denn so gut kann man Polizisten gar nicht ausbilden - sie werden draufschlagen, wenn sie heißgemacht wurden und die Einsatzleitung „Knüppel frei!“ befiehlt. Der Sprecher der hessischen Polizeigewerkschaft ist begeistert. "Die abschreckende Wirkung, insbesondere bei der heute steigenden Gewalt gegen Polizeibeamte, ist ganz wichtiges Argument für uns". Polizeiknüppel als "ein Argument". Diese Argumente sind bekannt von der Startbahn/West über Gorleben bis Stuttgart.

Amnesty International Hessen warnte vor den Gefahren der neuen Stahl-Waffe. Schläge gegen sensible Körperteile könnten schlimme Folgen haben: "Man kann sich das so vorstellen wie einen Vorschlaghammer, der mit erheblicher Wucht gegen den Kopf schlägt. So ein Schlag könne tödliche Wirkung haben."

Festzuhalten ist: Die Polizei rüstet auf mit neuen Waffen und Kommunikationsmitteln - man bereitet sich auf größere Auseinandersetzungen vor.

Die Lüge vom Nachtflugverbot

Momentan werden veränderten Flugrouten ausprobiert. Manche glauben, es würde leiser. Das ist Quatsch. Wenn die Flugbewegungen bald schnell steigen, wird es in jedem Fall lauter. Die Flughafenausba-Koalition aus CDU, FDP und SPD im Hessischen Landtag gab das Versprechen: „Flughafenausba nur mit Nachtflugverbot“ - daran muss stets erinnert werden. Dieses Jahr steht die Inbetriebnahme der neuen Landebahn und die Entscheidung zum Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen des Bundesverwaltungsgerichtshofes in Leipzig an. Wenn die Landebahn in Betrieb gegangen ist, wird es über eine größere Fläche verteilt, größeren Lärm geben. Unterm Strich wird die Zahl der von Fluglärm betroffenen Menschen in der Region erheblich steigen. Es ist richtig und notwendig, die für die Zunahme von Umweltbelastungen und Lärm Verantwortlichen stets mit den Folgen ihrer Politik zu konfrontieren. Vor allem vor Wahlen!

Muß es immer so weiter gehen?

Die Stadtverordneten wurden informiert über die letzte Überarbeitung des Regionalen Flächennutzungsplans (RegFNP). Wer Illusionen hegte über ein bewohnbares Revier in unserer näheren Umgebung in Zukunft, wird bitter enttäuscht. Eine unvollständige Aufzählung des Flächenverbrauchs und Naturzerstörung:

Erweiterung Industriegebiet Ost um 10 ha mit Straßenanbindung an die B 486, Südumgehung, Supermarkt im Süden Walldorfs, Verfüllung des Bornbruchsees, 4-bahniger Ausbau der B 486 von Langen bis BAB 5 in Mörfelden, 4-bahniger Ausbau der B 44 von Langen bis Walldorf, Schnellbahntrasse Flughafen - Mannheim, Erweiterung der Sering-Kiesgrube Richtung Walldorf um 84 ha, Ausbau des Flughafens im Süden.

Die heile Welt ist schon lange zerstört, doch muss es immer weiter gehen? Denken Sie bei der Wahl auch an diesen Aspekt!

R. D.

INFORMATIONSVORANSTALTUNG

(Siehe auch: www.dkp-mw.de)

Fluglärm macht krank

Über die Neuverteilung des Fluglärms durch neue An- und Abflugverfahren und die gesundheitlichen Folgen von Fluglärm

Donnerstag, 17. März 2011, 20 Uhr, Stadthalle Walldorf, Clubraum 2



Kinderfasnacht in Mörfelden etwa im Jahre 1950. Am Volkshaus, das die Amerikaner 1945 beschlagnahmten, stellten sich die maskierten Kinder mit Betreuern auf der Treppe zum Hintereingang zum Fotografieren auf. Private Fotos wurden in dieser Zeit kaum geschossen, dafür wurde ein Fotograf bestellt. Es war damals „Foto-Peter“, der im „Goldenen Apfel“ sein Atelier betrieb. Die Buben und Mädchen gehörten zu einer Spiel- und Bastelgruppe der von den Amerikanern organisierten Kinderbetreuung, GYA (German Youth Activities). Wie von einigen der damaligen Betreuer und Betreuten zu erfahren war, wurden die Spiel- und Bastelnachmittage, aber auch die Sportgruppen von den Kindern gut besucht. Es gab auch Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung. GYA-Einrichtungen gab es in fast allen Städten und Gemeinden der amerikanischen Besatzungszone in der Zeit vom Kriegsende 1945 bis 1955. Dadurch, dass damals in den unteren Räumen des Volkshauses auch eine Tischtennisplatte stand und es auch noch die entsprechende Anleitung gab, fanden Kinder Interesse an diesem Sport und wurden, wie Erich Arndt, der viermalige Deutsche Meister, zu Nachwuchskräften der SKV-Tischtennisabteilung und später des selbstständigen und erfolgreichen TTC. Die Namen der über 20 Kinder, es war fast der komplette Jahrgang 1937, sind alle bekannt. Links steht der damalige Betreuer Otto Rohm, rechts Lotte Schrewe.



klickpunkt dkp-mw.de klickpunkt dkp-mw.de klickpunkt dkp-mw.de

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



KulBa

Wie sich die Bilder gleichen:

Was ist in Stuttgart passiert?

mit Gangolf Stocker vom Aktionsbündnis gegen "S21"
Donnerstag, 10. März, 20 Uhr - Eintritt frei

Ab Indie Kneipe

Freitag, 11. März, 20 Uhr - Eintritt frei

Konzert: Mainzer Jazz-Trio

Samstag, 12. März, 20 Uhr - Eintritt: 7 € / 5 €

Das Vinyl wird gerettet

Donnerstag, 17. März, 20 Uhr
Schallplattenabend - Eintritt frei

16 bit - Konsolenabend

Freitag, 18. März, 20 Uhr

Theater Noster: Geschlossene Gesellschaft, von Jean-Paul Sartre

Samstag, 19. März, 20 Uhr (Premiere!)
Eintritt: 8 € / 6 € / VVK bei Phono Ehmler,
Kartenreservierungen unter Tel.: 06105 / 26 441

Lesung: "Geld und Liebe"

mit Monika Müller-Heusch & Peter Heusch
Samstag, 26. März, 20 Uhr
Eintritt: 10 € / 6 €

Unser Lexikon

Schbrisch

„Die wo der
doodgeschlaache hot
lääwe all noch!“